

Der Zusammentritt des n

Sozialistische Unterstützung für die a

Berlin, 23. Juni.

Nachrichtendienst der Danziger Zeitung.
Der Reichstag wird morgen, um 3 Uhr nachmittags, seine Eröffnungssitzung abhalten, ohne die Vorstellun- gen des neuen Kabinetts entgegenzunehmen. Das Kabinett Fehrenbach ist noch nicht gebildet und wird vor Freitag kaum zustande kommen. Aber es scheint wenigstens so gut wie sicher, daß es doch noch zustande kommt.

Heute nachmittag haben sämtliche Fraktionen im Reichstagsgebäude beraten. Die Deutsche Volkspartei, die die Forderung nach einer Kombinerung der vier wirtschaftlich zusammenhängenden Ministerien (Wirtschafts-, Finanz-, Verkehrs- und Eisenbahnministerium) erhob, hat nach längerer Debatte diese Forderung fallen gelassen, nachdem Reichskanzler Fehrenbach erklärt hat, daß das Festhalten an diesem Verlangen die Kabinettsbildung zum Scheitern bringen würde. Die Partei will sich damit begnügen, daß ihr das Wirtschafts-, Verkehrs- und das Reichsjustizministerium überlassen wird. Aus diesem Beschluß hat Geheimrat Wiefel die Konsequenzen gezogen und die Uebnahme des Wirtschaftsministeriums abgelehnt. Es sind allerdings noch Bemühungen im Gange, Wiefel umzustimmen. Für das Reichsfinanzministerium schlägt die Deutsche Volkspartei den Verwaltungsdirektor v. Raumer vor; das Reichsjustizministerium ist von Dr. Heinze bereits angenommen worden.

Die Mehrheitssozialisten sind angesichts dieses entgegenkommenden Haltung der Deutschen Volkspartei ebenfalls von ihrem starren „Nein“ etwas abgerückt und haben in ihrer heutigen Nachmittagsberatung beschlossen, zwar bei den vorgelegten Beschlüssen zu bleiben, das heißt, für ein Vertrauensvotum nicht zu stimmen, aber sie werden vor der Abstimmung durch ihre Fraktionsredner eine Erklärung des Inhalts abgeben lassen, daß die Fraktion das Kabinett in der ausserordentlichen Politik unterstützen werde. Diese Erklärung soll eine Art Rückversicherung für die Verhandlungen in Spaa sein.

Die dema wie vor u macht, hat Beschluß gef solchen Erk werde.

Am Donn sammen. Fe Gihung des

Von amtlü des mitgetel über die Bil Fortgang ge eingetretel werden, daß belien in de wird. Ueber an den Verk stimmung er die bisherige ihren Amte märtigen Am S im o n hat der enbügältig bereits mit des Wirtschä Becher-Hessef nahme eines Steger wa Frage kam, h zu behaltein. gene Abgeord aus persönlich zu wollen. Die demokr zweiten und den Schöstaß nelen Frau I Dernburg, a. Schötschsführe

Die Boulogner Entschlüsse.

Nachrichtendienst der Danziger Zeitung.
Berlin, 23. Juni.

Aus Genf wird der „Frankfurter Zeitung“ gemeldet, daß in Boulogne, entgegen den bisherigen Behauptungen der französischen Presse, beschlossen wurde, für die gesamte Entschädigung eine Pauschalsumme von 100 Milliarden Goldmark, zahlbar in jährlichen Raten von drei Milliarden, festzusetzen. Bei größeren Jahreszahlungen würde sich die in Aussicht genommene Frist von 33 bis 35 Jahren entsprechend vermindern. Dagegen sei über die Art, wie die deutschen Schuldweine als Grundlage für eine internationale Anleihe sofort nutzbar gemacht werden sollen, noch keine bestimmte Entscheidung getroffen, da sich die Vertreter Deutschlands in Spaa selbst dazu äußern wollen. Die deutsche Regierung soll in Spaa zu einer Verhandlung auf gleichem Fuße zugelassen werden. Die Regierungen der Entente werden noch vor Spaa ihre Vertreter in Berlin notifizieren. Eine Kontrolle der Einkünfte wurde als Zwangsmassnahme nur für den Fall in Aussicht genommen, als Deutschland seine Jahreszahlungen in Zukunft nicht leisten sollte. Von der Besetzung neuer Gebiete ist nicht mehr die Rede.

„Messagero“ schreibt: Wir wissen, daß man Italien in Boulogne 7 Prozent der deutschen Entschädigung angeboten habe, während es 20 Prozent erwartet hätte. Das einzige wirkliche Resultat von Boulogne sei die Ablehnung einer neuen Drohnote an Deutschland gewesen. Das Land wartet die Verbündeten, daß es ihnen festen Haltung abzubringen. Italien habe seine Verpflichtungen gegenüber den Verbündeten alle untergeordnet, aber es könne nicht die eigene Existenz opfern. Der „Tempo“ wünscht, daß die Rundreise durch die Bodeorte nunmehr aufhören soll und eine Entscheidung getroffen werde. Entenbauer man solle offen und ehrlich zu dem alten System vor dem Krize zurückkehren, wo jeder versuchte, sich einzuschränken, ohne den Nachbar allzusehr zu schädigen, oder man entschlüsse sich, dem eigenen Wohle die Privatinteressen zu opfern. Eine Entente ohne Entente schädige sich selbst, reisse die Wunden täglich neu und verhindere den Wiederaufbau der Welt.

Die „Sonne von Boulogne“.

Irland

Die Unru in der irischen Gruppe zu ihrer Anhänger zu einem blut und den Regie schäfte, Banken geschloffen. A Nähe von Dub er schwer d

Ein I zu zwei

Nachrichte n Der vereinigt Reichsgerichtes „Freiheit“ Han zum Reichstags suchten Landeso bezug auf den Oberst Heß und Festungshaft in Unterjudungsaba die am 22. Okt wirkte Beröffm gedäch am 3. I nächstigen Amt. I plumpe Falschun echt gehalten un Schaden zufügen

Das Million

Nachrichte n Die Stadtoero mit dem Detail

Diese Ausgabe

der Danziger Zeitung enthält die Briefmarken-Rundschau Ausgabe Nr. 2

Der Verkehr zur Abstimmung

Durch den polnischen Korridor.

M. I. B. Berlin, 22. Juni.

Dem deutschen Geschäftsträger in Warschau ist vom polnischen Ministerium des Aeußeren auf Grund von Verhandlungen mit der Interalliierten Kommission von Allenstein eine Erklärung übergeben worden, die auch für das Abstimmungsgebiet Marienwerder Gültigkeit haben soll, und die besagt:

1. Die polnische Regierung verpflichtet sich, die Stimmberechtigten der Abstimmungsgebiete von Marienwerder und Allenstein in täglich sieben Sonderzügen von je höchstens 52 Achsen während eines Zeitraumes von 12 Tagen durch das polnische Gebiet zu befördern.
2. Um jeden Verbauch der Parcelsicherheiten während der Kontrolle der Sonderzüge an der polnisch-deutschen Grenzstation zu vermeiden, bittet die polnische Regierung die interalliierten Kommissionen, ihrerseits Kontrollorgane zu stellen, die gemeinsam mit den entsprechenden polnischen Organen die Kontrolle der Personen vorzunehmen werden, die die Sonderzüge benutzen.
3. Jeder Stimmberechtigte, der durch das polnische Gebiet zu fahren wünscht, muß sich folgende Papiere ausweisen:
 - a) durch einen Abstimmungsausweis, ausgestellt von einer dafür zuständigen Kommission,
 - b) durch einen Personalausweis mit Photographie. (Waffen dürfen nicht mitgeführt werden.)
4. Die Durchfahrt der Stimmberechtigten durch das polnische Gebiet wird auf der Strecke Ronih — Dirschau — Marienburg erfolgen. Nach Ansicht der Eisenbahnsachverständigen genügt diese Strecke völlig für den Transport.
5. Die polnische Regierung nimmt von der Bereitwilligkeit der deutschen Regierung Kenntnis, die Wagen und Maschinen für die Züge auf der Strecke Ronih — Marienburg zu stellen. Die Züge werden von polnischen Beamten geführt und bedient werden. Das deutsche Zugpersonal muß den Zug in Ronih verlassen.
6. Während der Durchfahrt durch das polnische Gebiet werden die Züge mit den Stimmberechtigten von einer gemeinsam aufgestellten alliierten und polnischen Eskorte begleitet werden, oder nur von einer polnischen, falls die interalliierten Abstimmungskommissionen das notwendige Personal nicht stellen können. Die Züge bleiben während der Durchfahrt durch das polnische Gebiet geschlossen. Den Reisenden ist verboten, während des Aufenthaltes die Züge zu verlassen.
7. Die polnische Regierung kann denjenigen Stimmberechtigten der preussischen Abstimmungsgebiete die Durchfahrt durch ihr Gebiet nicht gestatten, die schon vorher in Schleswig von ihrem Abstimmungsrecht Gebrauch gemacht haben.
8. Die deutschen Staatsangehörigen, die im polnischen Gebiet wohnen und sich zur Abstimmung zu begeben wünschen, werden keinen besonderen Vorschriften unterworfen werden und dieselben Rechte genießen, wie die polnischen Staatsbürger, d. h. es genügt ein Paß, der mit einem Visum für das Ausland versehen ist.

Am 22. d. M., 11 Uhr vormittags, wird im Eisenbahnministerium in Warschau eine Konferenz zwischen den Eisenbahnbefehlsmächtigen der Abstimmungsgebiete, den polnischen und den deutschen Vertretern stattfinden, um den Fahrplan der Sonderzüge und alle sonstigen technischen Einzelheiten auf Grund der obigen Richtlinien festzusetzen.

Differenzen in den Krassn-Verhandlungen.

Georg-Georg für die Anerkennung Sowjet-Rußlands. Funktion der Danziger 31g

Redaktion u. Administration befinden sich in Warschau, Elektoralna Nr. 2.
Anzahl: Dziennik Gdański, Herr Wl. Ruszkowski, Pabianice.
Anzeigen und Bestellungen nimmt entgegen: Gesellschaft „Reklama Polska“, Danzig, Altstadt, Graben Nr. 96-97.

Wir offerieren: Cognak - Genever

80 % in Gebinden, hergestellt in unseren Fabriken in Holland. Nur größere Posten laufend lieferbar. — Anfragen an:

G. Timmermans & Co., G. m. b. H. Köln
An der Bottmühle 11.
Telephon-Adresse: Timmermans Bottmühle 11.

Städtisches Forsthaus Jäschke
Inh.: Fritz Bielecki
Gesellschafts- und Restaurant
Kleiner Parkettlokal
mit gutem Flögel für Vereine und Familien
+ Gänzlich renoviert.
Vorsichtige Getränke.
Jeden Donnerstag Kaffee-Konzert
und Sonntag:

Vortrag über Esperanto
zur Aufklärung über die wachsende Bedeutung dieser Weltsprache. — Einmal
Danzig: Donnerstag, den 24. Juni, 7 Uhr
Städtisches Gymnasium, Wintergarten
Langfuhr: Freitag, den 25. Juni, 8 Uhr
Conradinum.